

**BERND ULRICH
SAGT UNS
DIE WAHRHEIT!
WAS DIE POLITIKER
VERSCHWEIGEN
UND WARUM**

KIEPENHEUER & WITSCH



Verlag Kiepenheuer & Witsch, FSC®-N001512

1. Auflage 2015

© 2015, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln
Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlaggestaltung: Rudolf Linn, Köln

Gesetzt aus der Stempel Garamond

Satz: abavo GmbH, Buchloe

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-462-04857-5

Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit, so lautet eine oft zitierte politische Weisheit. Schön wär's, kann man da nur sagen. Seit einiger Zeit besteht die Politik in Deutschland und in Europa vor allem darin, die Wirklichkeit zu verdrängen, zu beschönigen und nicht zu sagen, was man denkt.

Fast so, wie ressentimentgeladene Populisten sich »die da oben« immer vorstellen und heimlich wünschen. Doch, um hier gleich einem grassierenden Vorurteil entgegenzutreten, auch einer möglicherweise falschen Erwartung an dieses Buch: Es kommt natürlich auch in einem vergleichsweise »sauberen« Land wie diesem vor, dass Politiker Dinge bewusst verheimlichen, weil sie kriminell sind, dass sie sich bestechen oder erpressen lassen, das alles gibt es leider auch. Allerdings macht diese dunkle Seite der Politik hierzulande nur selten das Wesen des Regie-

rens aus. Das Schweigen, von dem hier die Rede sein soll, verhüllt keine Machenschaften, sondern Ratlosigkeit und Verunsicherung, es enthält der Öffentlichkeit manchmal vielleicht unfertige, aber interessante und wichtige Gedanken vor. Die Politik im Deutschland des Jahres 2015 zieht nicht verborgen vor dem Volk und der Öffentlichkeit die Fäden, vielmehr ist sie dabei, die Fäden aus den Händen zu verlieren. Versteckt wird weniger die wahre Macht als echte Ohnmacht. Die markantesten politischen Ereignisse dieses Jahres erweisen sich bei genauerem Hinsehen hierfür als Beleg.

Ein besonders dramatisches, auch schmerzliches Beispiel für verdrängte Nöte und Gefahren ist die Flüchtlingspolitik. Sie erlebte in diesem Frühjahr nach dem Tod von 800 Menschen, die allein am 7. Mai im Mittelmeer ertranken, ihren Fukushima-Moment: völlige Richtungsumkehr binnen weniger Tage. Was eben noch dazu dienen sollte, die Grenzen der EU zu verteidigen, auch wenn es viele Flüchtlinge das Leben kostete, soll nun im Handumdrehen genau den gegenteiligen Zweck erfüllen: die Rettung von möglichst vielen Flüchtlingen, auch wenn die Grenzen damit durchlässig werden.

Im Unterschied zu Fukushima war es diesmal allerdings keine unvorhersehbare Naturkatastrophe,

die den Wandel einleitete, sondern eine leicht prognostizierbare Tatsache: Wenn immer mehr Menschen aus den destabilisierten Nachbarschaften der EU nach Europa kommen und immer weniger Schiffe bereitgestellt werden, um sie zu retten, werden immer mehr Flüchtlinge sterben. Die Politiker wussten das, haben es sogar selbst herbeigeführt, nur laut gesagt haben sie es nicht.

Stattdessen erfahren wir bei dem Thema eine misstrauisch stimmende Sprachverwirrung. Ausgerechnet der als besonnen geltende deutsche Außenminister glaubte nach dem Schiffsunglück anlässlich eines Flüchtlingsgipfels der EU sagen zu müssen: »Wir können mit dem Flüchtlingsproblem nicht militärisch fertigwerden.« Tatsächlich? Das ist eine Formel, die Frank-Walter Steinmeier bis dahin nur für den Ukraine-Konflikt und die arabischen Bürgerkriege verwendet hatte. Und jetzt wird das Militärische aufgerufen im Angesicht von hilflosen, unbewaffneten, auf rostigen Booten zusammengepferchten Menschen. Da fragt man sich: Warum musste das überhaupt gesagt werden? Auf wen antwortet er hier? Wer in aller Welt hat denn möglicherweise die Idee aufgebracht, mit Kriegsschiffen gegen Flüchtlingsboote vorzugehen? So ist es immer öfter in letzter Zeit: Hinter dem Gesagten

öffnet sich, wenn man genau hinhört, ein Abgrund von Ungesagtem.

Zweites Beispiel: Geheimdienste. Seit Längerem schon jagt eine Affäre die andere, verunsichert viele Menschen und schafft Misstrauen zwischen denen, die regieren, und denen, die sich regieren lassen müssen. Was offenbar in zunehmendem Maße auch heißt: abgehört und durchleuchtet zu werden. Warum ist das so und warum gelingt es der Politik nicht, damit vernünftig umzugehen?

Etwas davon liegt in der Natur der Sache, genauer: im Grundwiderspruch zwischen der notwendigerweise geheimen Arbeitsweise der Dienste auf der einen und dem Kontrollanspruch eines demokratischen Rechtsstaats auf der anderen Seite. Transparenz und Effizienz stehen in einem kaum zu überwindenden Zielkonflikt. Darum wird es mit absoluter Sicherheit immer wieder Geheimdienstaffären geben und sie müssen immer wieder enttarnt und aufgeklärt werden. So weit, so schlimm, so normal.

Zweierlei ist jedoch hinzugekommen, was die Sache mit den Geheimdiensten für die deutsche Politik mehr und mehr zu einem Albtraum werden lässt. Zum einen ermöglichen das Internet, die immer ausgefeilteren Algorithmen und die schier

grenzenlosen Speicherkapazitäten mittlerweile Überwachung in einem Ausmaß, von dem selbst totalitäre Regime nicht zu träumen wagten. Immer mehr Menschen können bei immer mehr Lebensäußerungen immer effizienter überwacht werden. Zum anderen, und da wird es dann richtig heikel: Deutschland produziert weit weniger nachrichtendienstliche Informationen, als es (ver)braucht. Ohne die Informationen der NSA wäre der BND niemals in der Lage, Deutschland vor terroristischen Gefahren zu schützen. In den meisten Bereichen mögen die Deutschen Exportweltmeister sein, hier sind sie eher Importweltmeister, böser gesagt: Die Bundesrepublik ist ein informationeller Schuldenstaat. Auf dem Feld der geheimen Dienste verhält sich Deutschland zu den USA wie beim Geld Griechenland zu Deutschland, mit dem selben Effekt: eingeschränkte Souveränität.

Deutsche Regierungen wissen oft nicht, was ihre eigenen Geheimdienste tun, noch weniger allerdings wissen sie, was die amerikanischen anstellen. Ob sie sich, nur so als Beispiel, an die deutschen Gesetze halten. Und ob sie Bürger, Kanzler und Unternehmen hierzulande nur zu dem Zweck ausspähen, Terrorgefahr abzuwehren, oder etwa auch,

um sich sonstige Vorteile zu verschaffen, politische oder wirtschaftliche. Wenn man Politiker vertraulich danach fragt, sagen sie: Natürlich werden wir alle abgehört! Selbstverständlich geht es den Amerikanern nicht nur um unsere Sicherheit, sondern auch um ihren Vorteil! Aber was sollen wir denn machen? Ohne deren Hilfe steigt die Terrorgefahr bei uns, wer könnte das verantworten? Und sollen wir den Bürgern etwa sagen, dass Deutschland hier nur eingeschränkt souverän ist? Auf den Einwand, dass der BND dann eben gestärkt werden müsse, lachen die zuständigen Politiker nur: Wie um Himmels willen soll man das denn durchsetzen?!

Statt aber offen über diese Dinge zu reden, wird geeiert und gemogelt, die Regierung macht sich verdächtig. Und selbst die Opposition lässt Vorsicht walten bei ihrer Kritik, denn alle wissen ja: Jeder, der irgendwann mal regiert, steckt in demselben Dilemma, bis zum Hals.

It's history, stupid!

Vorgänge und Zustände dieser Art nähren einen Verdacht, den viele schon lange hegen: Sagen die Regierenden in Berlin und Brüssel auch bei anderen wesentlichen Fragen nicht alles, was sie wissen und denken, was sie bewegt und verunsichert? Die Antwort lautet nach zahlreichen Hintergrundgesprächen mit führenden Politikern und Spitzenbeamten: Ja.

Vor einer Weile richtete die SPD eine Feier zum 75. Geburtstag ihres alten Häuptlings Franz Müntefering aus. Ein Abendessen im kleinen Kreis, darunter seine Frau, zwei führende Genossen, ein Soziologie- und ein Geschichtsprofessor, zwei Journalisten. Mehr Feier wollte Müntefering nicht. Gleich zu Anfang erklärte er, warum. Er wolle nur reden, es geschehe zurzeit so viel Grundstürzendes und Markerschütterndes, und so wenig werde darüber diskutiert. So kann es nicht gehen, befand der ehemalige SPD-Chef und legte gleich eine These vor:

Wir waren Schlafwandler, beim Epochenbruch von 1989/90 hatten wir uns kurz erschreckt, dachten, wer weiß, was jetzt alles passiert, wenn die in

West und Ost geteilte Welt aus ihrem Gehäuse springt. Dann passierte aber nichts Schlimmes und wir wähten uns in einer neuen Selbstverständlichkeit: Die Demokratie wird immer stärker, Europa wächst zusammen, Russland wird ökonomisch gesunden und allmählich immer demokratischer. Alles wird gut. In unserem Sinne. Ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Mauer aber sind wir, so Müntefering, aufgewacht und fühlen uns dabei wie in einem bösen Traum. Denn jetzt passiert all das, was man damals befürchtet und dann rasch zu den Akten gelegt hatte: Russland bescheidet sich keineswegs mit dem Verlust seines Imperiums. Die westlichen Parteiensysteme hatten seinerzeit den Verlust der bipolaren, in Freunde und Feinde säuberlich sortierten Ordnung leidlich überstanden, nun zerbrechen sie in immer mehr europäischen Staaten verspätet doch noch. Derweil verliert die EU ihre Richtungsgewissheit, und das transatlantische Bündnis wirkt nach dem Verlust des großen gemeinsamen Gegners Sowjetunion ausgehöhlt. Nicht einmal die Rückkehr eines aggressiven Russlands auf die Bühne genügt, um zu reparieren, was von Irak bis NSA zwischen den USA und der EU alles schiefgelaufen ist. Wie kann es sein, schloss der ehemalige

SPD-Vorsitzende seinen Vortrag, dass all dies mit 25 Jahren Verzögerung geschieht?

So sprach der alte Müntefering und die Runde räusperte sich. Als Erster fand der Historiker seine Sprache wieder. Ein Vierteljahrhundert Verzögerung, tröstete er, das sei, historisch gesehen, ja nicht viel, im Grunde nur ein kurzes Einatmen der Geschichte. Ach so. Schön für die Geschichte. Und die Menschen?

Politiker in der Überlastungsdepression

Gespräche wie diese finden zurzeit im politischen Berlin häufig statt. Manchmal brechen aus führenden Politikern, die sich hart am Rande einer politischen Überlastungsdepression bewegen, alle Ängste zugleich hervor. Wenn der Krieg in der Ukraine weiter eskaliert und Griechenland doch pleitegeht und wenn die unsägliche Marine Le Pen französische Präsidentin wird und ihr Land isoliert und wenn die Briten aus der EU verschwin-

den, dann, ja dann – aber bitte schreiben Sie das nicht.

In diesen traurigen Tiraden wird die europäische Entwicklung rein mechanisch gedacht, fällt ein Dominostein, dann wackeln sogleich auch die nächsten. Doch bei der EU handelt es sich nicht um ein Dominospiel, es sind denkende, lernende Menschen am Werk. Wenn beispielsweise die Sache mit Griechenland auf die eine oder andere Weise schiefeht, so kann das in eine gesamteuropäische Depression führen, es vermag gewiss andere zentrifugale Kräfte freisetzen. Es kann von den Bürgerinnen und Bürgern aber auch als Warnschuss verstanden und mit einem neuen europäischen Selbstbehauptungswillen beantwortet werden.

Zuweilen sind es auch kreative, fast aufgekratzte Diskussionen, in denen die neue Wirklichkeit atemlos begriffen wird, jedenfalls in groben Zügen, provisorisch, tastend. Doch ob nun altersweise oder überlastungsdepressiv, neugierig oder verwirrt – stets geht es um den Zusammenbruch erlernter Ordnungen, mit ein wenig Übertreibung ließe sich auch sagen: fast aller Ordnungen.

Im politischen Alltag jedoch wird – gemessen an den neuen intellektuellen, emotionalen und operativen Erfordernissen – viel zu wenig diskutiert, das

sieht Franz Müntefering schon ganz richtig. Dafür gibt es viele Ursachen, eines ist das hohe Tempo, das die Politik heute zu bestehen hat. Spitzenpolitiker sind in Wahrheit Top-Manager, oft sehr gute, aber eben auch hobbylose, schlafarme, schnell denkende Männer und Frauen, nach vorn gepeitscht von den Krisen, von Gipfel zu Gipfel stürmend, rundum beobachtet von allgegenwärtigen Augen und Ohren, von Journalisten, von Handykameras, von der NSA. Dafür muss sie niemand bedauern, sie ziehen auch viel aus diesem in vielerlei Hinsicht reichen und intensiven Leben, man darf sich eben nur keinen Illusionen hingeben: Die Kluft zwischen noch zu Durchdenkendem und schon Durchdachtem wächst täglich. Übrigens auch bei denen, die Politik beobachten, doch dazu später.

Man kann gegen das neue politische Lebensgefühl von Umsturz, Unübersichtlichkeit und Bedrohung einwenden, dass zwischen 1990 und 2010 auch nicht gerade alles wie am Schnürchen lief. Immerhin begann bald nach dem Mauerfall der Bürgerkrieg auf dem Balkan, der mit einer Intervention des Westens und dem Wiedereintritt Deutschlands in die Welt des Militärischen endete. Das Auseinanderfallen von Titos mit Gewalt zusammengehaltenem Reich jedoch erschien den meisten lediglich als ein Nach-

hutgefecht, der europäische Frieden war schon ausgebrochen, nur da unten, im ehemaligen Jugoslawien, hatten sie das noch nicht mitbekommen.

Einschneidender, ruhestörender schien zunächst der 11. September 2001. Der jedoch wurde in Deutschland letztlich eher als Angelegenheit zwischen den USA und in Nordafrika und Vorderasien lebenden Muslimen angesehen, nicht zuletzt weil man bei uns keine islamistischen Anschläge wie in New York, Washington, London oder Madrid erlitten hat. Beim Feldzug der Amerikaner gegen al-Qaida musste man erst halbherzig mitmachen, um sich alsbald so weit wie möglich herauszuziehen.

Das neue politische Lebensgefühl

Sie ist versunken, diese Welt, die der Westen noch leidlich unter Kontrolle zu haben schien. Wie durch ein Wunder fanden ja auch nie mehrere internationale Katastrophen zur selben Zeit statt, die

Welt mutete uns nicht mehr zu, als wir verkraften konnten. Der Rest ließ sich gut verdrängen.

Der grausame Genozid in Ruanda im Jahre 1994 etwa, bei dem binnen vier Monaten etwa eine Million Menschen hingemetzelt wurden, war ohne Zweifel ein Ereignis, bei dem die westliche Welt nicht hätte wegschauen dürfen, ja es wäre sogar ihre verdammte moralische Pflicht gewesen, etwas zu tun. Dennoch hat man sich nur einmal kurz geschüttelt und sich dann schauernd abgewandt. Auch das seit Jahrzehnten ohne Störung von außen verübte Verbrechen des Regimes von Nordkorea an der eigenen Bevölkerung, dieser Völkermord auf Raten, lässt sich allzu leicht verdrängen, mittlerweile sogar popkulturell überpinseln. Ob die Europäer und ihre Regierungen da hinschauen, das steht ihnen völlig frei, denn weder die Nordkoreaner noch damals die Tutsi hatten die Chance, hierher zu fliehen oder den Westen terroristisch zu bedrohen, ihre Probleme also zu unseren zu machen.

Das hat sich geändert. Griechenland, Russland, islamistischer Terrorismus, Flüchtlinge – die Krisen haben sich angewöhnt, alle zugleich auf uns einzudrängen, längst sind sie stärker geworden als unsere Verdrängungskräfte und -wünsche.